



der Freien Demokraten im Reutlinger Gemeinderat

Platz für neue Wohnungen

Stadträtin Regine Vohrer begrüßt Verkäufe in Sickenhausen und Betzingen an die GWG

Damit die GWG Wohnungen bauen kann, verkauft die Stadt Grundstücke im Sickenhäuser Gebiet Hau und am Betzinger Ersbergweg an die GWG Wohnungsgesellschaft. FDP-Stadträtin Regine Vohrer knüpft an den Verkauf die Erwartung, dass die GWG möglichst bald mit dem Bauern beginnt. Der Kaufpreis für die Sickenhäuser Grundstücke liegt bei 2,6 Millionen Euro, der für die Betzinger bei 1,7 Millionen. In den Kaufverträgen ist die Verpflichtung zur Umsetzung des Wohnungsmix (ein Drittel Sozialwohnungen, ein Drittel preisgünstiger Wohnraum und ein Drittel frei) enthalten. Die Hälfte der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sind barrierefrei zu errichten. Die genaue Planung wird in den Bezirksgemeinderäten von Sickenhausen und Betzingen beraten.

Eine ungerechte Abgabe

Stadträtin Sarah Zickler weist auf die sehr umstrittenen Seiten der Gewerbesteuer hin

Die Gewerbesteuer ist eine umstrittene Abgabe. Denn nicht alle Unternehmen müssen Gewerbesteuer zahlen. Darauf wies FDP-Stadträtin Sarah Zickler im Gemeinderat hin. So sind beispielsweise Freiberufler wie Ingenieure, Rechtsanwälte, Ärzte und Steuerberater ausgenommen. Der Handelsverband HDE weist auch auf die Hinzurechnung von Pacht und Miete hin. Es gibt die absurde Situation, dass Händler auch in schlechten Zeiten, in denen sie keinen Gewinn machen, Gewerbesteuer bezahlen müssen. Nämlich dann, wenn ihre Ausgaben für Miete, Pacht oder das Leasen von Geschäftseinrichtung 100 000 Euro übersteigen. Oberhalb dieses Freibetrags fällt auf diese Posten Gewerbesteuer an, obwohl es sich für die Unternehmen um Ausgaben handelt. So wird aus der Gewerbesteuer, die eigentlich den Gewinn besteuern soll, eine Substanzsteuer.



Nicht alle Unternehmen müssen Gewerbesteuer zahlen.



Wieviel Geld die Stadt Reutlingen für welche Aufgaben ausgibt, wurde jetzt im Haushaltsplan für die Jahre 2021 und 2022 vom Gemeinderat festgelegt.

Steuer-Schraube bleibt tabu

FDP setzt Haushalt mit Verzicht auf Hebesatz-Erhöhungen und Zuschuss-Kürzungen durch

Zusammen mit CDU, FWV und WiR hat die FDP im Gemeinderat einen Haushalt für 2021 und 2022 ohne Steuer-Erhöhungen und Zuschuss-Kürzungen durchgesetzt. „Eine Anhebung der Hebesätze wäre die einfachste Lösung zur Schließung der Finanz-Löcher gewesen“, sagte Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck in seiner Etat-Rede, „einfache Lösungen sind jedoch nicht immer die besten. Nach den Corona-Einschränkungen brauchen wir eine schnelle Erholung von Handel und Gastronomie, von Handwerk und Dienstleistungen, von Gewerbe und Industrie. Wir brauchen dringend wieder Wachstum. Wer jetzt an der Steuer-Schraube dreht, bremst dieses Wachstum. Das wäre nicht nur wirtschaftsfeindlich sondern unverantwortlich gegenüber der gesamten Stadt-Gesellschaft.“ Stadtrat Kluck betonte, dass es der FDP nicht darum gehe, den Geldbeutel von Unternehmern zu schonen, sondern um die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. „Wir Liberalen wollen einen Arbeitsmarkt, der vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Wir waren uns hier im Gemeinderat immer einig, dass wir keine Mono-Struktur wollen, keine Abhängigkeit von wenigen Groß-Unternehmen. Wir wollen die für unsere Region so typischen mittelständischen Strukturen erhalten und ausbauen. Und wir wollen eine lebendige Innenstadt, deren Voraussetzungen ja gerade eine große Zahl von unterschiedlichsten inhabergeführten Geschäften ist.“ Abgelehnt wurde auch die von der Stadtverwaltung, Grünen und SPD vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer. „Gegen Wohnungsmangel helfen keine Mietendeckel, Miet-Preis- Bremsen oder gar Wohnungs-Enteignungen“, sagte Hagen Kluck, „gegen Wohnungsmangel hilft nur der Bau zusätzlicher Wohnungen“. Höhere Grundsteuern würden aber das Bauen erschweren und die Mieten verteuern. Auch dank der konsequenten Haltung der FDP werden die Zuschüsse an Institutionen, Organisationen, Verbände, Vereine und Initiativen nicht gekürzt. Die hätten alle durch die Corona-Einschränkungen bereits genug Verluste hinnehmen müssen.

Mehr an die Zukunft denken

FDP-Fraktion fordert Aufgaben-Verlagerung aus der Stadt-Regie in Tochter-Gesellschaften

Nach Auffassung der FDP kann die Reutlinger Kommunalpolitik nicht einfach nur weiterwurschteln. „Bis zum nächsten Etat brauchen wir neue Strukturen“, sagte Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck in der Haushaltsdebatte, „wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgaben-Problem“. Deshalb müsse die Stadt Aufgaben verlagern. Ein erster Schritt war die Übertragung von „RT Unlimited“ an die Gewerbeimmobilien-Gesellschaft GER. Die FDP hat schon vor Jahren die Übertragung des Gebäude-Managements an die GWG oder städtischer Kinder-Betreuungs-Einrichtungen in eine eigene Gesellschaft oder zumindest einen Eigenbetrieb gefordert. „Wir haben gute Erfahrungen mit der Reutlinger Altenheim-Gesellschaft“, betonte Kluck, „nutzen wir diese Erfahrungen doch zur Neuordnung der Kinderbetreuung!“ Wenn die aus dem engen städtischen Korsett befreit werde, könne sie durchaus neue Geldquellen erschließen. Der OB habe beim Pflanzen einer Linde zum Gedenken an seinen Vorgänger Kalbfell auf dessen Idee zu einer „Reutlinger Spende“ hingewiesen. Dieses am 3. Juni 1945 eröffnete Solidaritätsoffer der Wohlhabenderen für die Ärmere erbrachte bis zum 20. Juni 1948 ein Spendenaufkommen von 3,8 Millionen. An eine für Kindergärten und KiTas zuständige Gesellschaft spende man lieber als an ein relativ anonymes Gemeinwesen wie eine Kommune. Angesichts der katastrophalen Finanzen solle man so etwas durchaus probieren: „Wir müssen runter von zu hohen Kosten und zu viel Bürokratie“. Dazu stünden Gesellschaften bereit: Die SBG Sportstätten-Betriebs-Gesellschaft für die Unterhaltung von Sportplätzen und -hallen, die Stiftung Jugendwerk für weitere Aufgaben der Jugendarbeit, die auch als Eisenbahn-Struktur-Unternehmen tätige RPW Reutlinger Parkierungs- und Wirtschafts-GmbH für die Regional-Stadt-Bahn und so weiter. „Lasst uns gemeinsam zukunftsfeste Lösungen suchen“, forderte Kluck, „lasst uns auch Mut zu mehr Digitalisierung finden, wozu ebenfalls Anträge vorliegen“. Corona habe gezeigt, dass sich da vieles besser regeln lasse. Er dankte dem Oberbürgermeister für die Bildung des Ausschusses für Strategie und Struktur.



Jetzt LIM-Generalsekretärin im Südwesten: Sarah Zickler

Für den Mittelstand aktiv

Stadträtin Sarah Zickler ist Generalsekretärin des Liberalen Mittelstandes LIM im Südwesten

Der Liberale Mittelstand Baden-Württemberg hat eine neue Generalsekretärin. Bei einer Tagung in Reutlingen wählte er die FDP-Stadträtin Sarah Zickler in dieses hohe Amt. Sarah Zickler ist auch bereits Mitglied des LIM-Bundesvorstandes. Im LIM sind mittelständische Unternehmer, Handwerker, Selbstständige und Freiberufler sowie leitende Angestellte aus verschiedenen Bereichen zusammen geschlossen. Sie fühlen sich dem liberalen Gedankengut verpflichtet und geben dem Mittelstand eine fundierte Stimme in den Kommunen und Bundesländern, in Berlin und auch auf europäischer Ebene in Brüssel. Die LIM-Mitglieder und deren Unternehmen sind mit ihren Mitarbeitern und Auszubildenden die tragende Säule für die Standortsicherheit in Deutschland. Sie setzen uns dafür ein, dass das auch so bleibt.

Mit dem Kreis verhandeln

Stadtrat Hagen Kluck erinnert an Landtags-Beschluss zu einer besseren Zusammenarbeit

In der Haushaltsdebatte des Gemeinderates hat Stadt- und Kreisrat Hagen Kluck darauf hingewiesen, dass Reutlingen als Stadtkreis durch Sonderzuweisungen des Landes ein paar Millionen mehr hätte. Er erinnerte an den Landtagsbeschluss, mit dem Landkreis „gemeinsam Möglichkeiten der Verbesserung der kommunalen Zusammenarbeit und der Aufgabenerfüllung herauszuarbeiten. Hierbei sollen insbesondere auch Möglichkeiten der Aufgaben-Übertragungen zur Erledigung in eigener Zuständigkeit einschließlich der Finanz-Verantwortung für diese Aufgaben identifiziert werden.“ Mit den Verhandlungen muss laut Kluck jetzt schnellstens begonnen werden. Die Stadt zahle jedes Jahr um die 50 Millionen Kreisumlage und erledige trotzdem jede Menge Kreis-Aufgaben im Bereich des Sozialen, der Jugendhilfe, der Sonderpädagogik, des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, der Abfall-Entsorgung und so weiter. Die FDP ermuntere dazu, die Verhandlungen notfalls auch mit dem Angebot zu eröffnen, alle Kreis-Aufgaben an den Landkreis zurückzugeben.

Rathaus-Telegramm

Herausgegeben von der FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen
(Regine Vohrer, Sarah Zickler, Hagen Kluck)

Verantwortlich: Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen
Tel: 0175 2426573 – Fax 577568 – Mail: hagen-kluck@gmx.de

